bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 17 | 19.August 2005

Rechte Szene 2

"Nationales Spießbürgertum"
NPD-Vorstandsmitglied kritisiert den Zustand seiner Partei und das Bündnis mit der DVU.

Aktion zum Schulbeginn
Neonazi-CD soll an Jugendliche verteilt werden.

"Wahlboykott"
Neonazis distanzieren sich von der NPD.

Rezension 4

Wechselvolle Entwicklung
Brandstifter in Schlips und Kragen – die verschiedenen Gesichter der NPD.

Verfassungschutz 5

Gefährliches Potenzial
Mehr Gewaltdelikte von Rechtsextremisten in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Ausland 6

Für ein "Großamerika"
Paramilitärisch strukturierte US-Neonazi-Gruppierung will allen Nicht-Weißen, Juden und Homosexuellen die Staatsbürgerschaft entziehen.

Ins Netz gegangen
Belgischer Holocaust-Leugner wird möglicherweise nach Deutschland ausgeliefert..

"Mächtiger Einflussfaktor"
Neonazi-Onlneportal existiert seit zehn Jahren.

Demokratische Initiativen 8

Pädagogisches Rüstzeug
Das Projekt „Antidiskriminierungsarbeit“ bildet Lehrkräfte für den Umgang mit Rassismus und Gewalt in Schulen aus.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Nur Befehle ausgeführt
Vor 40 Jahren wurden die Urteile im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess gesprochen.

"Iwan der Schreckliche"
John Demjanjuk, der mutmaßliche Massenmörder von Sobibor, wird aus den USA ausgebürgert.

Meldungen 11

Rechte Szene

"Nationales Spießbürgertum"

NPD-Vorstandsmitglied kritisiert den Zustand seiner Partei und das Bündnis mit der DVU.

An Stefan Rochows NPD-Kritik fand sogar Thomas Brehl, einer der „Köpfe“ des Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS), Gefallen. „Das hätte ich einem Parteifunktionär der NPD wirklich nicht zugetraut.“ Mancher Gegner der Partei, so Brehl, werde nun zugeben müssen, „dass bei einigen sowohl guter Wille, als auch die Fähigkeit zur Reflexion vorhanden sind“.

Rochow (28), seit 2001 Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, Mitglied im NPD-Parteivorstand und Mitarbeiter der sächsischen Landtagsfraktion, war in einem Schreiben an den vormaligen „Vordenker“ der Partei, Jürgen Schwab, auf Distanz zur „Deutschen Volksbewegung“ gegangen: „Die so genannte rechte Volksbewegung aus NPD und DVU ist sicherlich auf den ersten Blick ein unterstützungswürdiger Ansatz, weil man glauben könnte, hier entsteht eine starke nationale Kraft, welche die Probleme der Zukunft bewältigen kann“, hatte Rochow geschrieben, um dann aber ernüchtert festzustellen: „Leider ist dieses Ziel schon im Ansatz gescheitert. Das Rechtsbündnis stellt sich aus meiner Sicht als ein rechts-reaktionäres, national- und sozialdemagogisches Bündnis da, welches mir seit längerem Bauchschmerzen bereitet.“ Zum Bruch mit dem Bündnis will er es aber nicht kommen lassen: „Leider ist die heutige Zeit, die politische Lage unserer Nation so existenzbedrohlich, dass man im Moment leider nur eine NPD/DVU als parteipolitische Opposition unterstützen kann.“

Aus dem Blickwinkel des JN-Vorsitzenden beginnen die Probleme aber nicht erst mit dem Rechtsbündnis. Auch zum Zustand der NPD selbst findet er kritische Worte, bescheinigt ihr mangelnde Bereitschaft, sich mit Fragen der Theorie zu beschäftigen: „Ich brauche Dir nicht sagen, wie es um die geistige Denkbereitschaft im nationalen Lager bestellt ist“, schreibt er an Schwab. „Der Populismus und das Hinterherhecheln nach Stimmungen und kurzfristig angelegten Erfolgen überwiegt leider noch das Denken dieser Herren“, attestiert er „den Führungsetagen des nationalen Lagers, ausdrücklich die NPD eingeschlossen“. Auch innerhalb der NPD macht er ein „nationales Spießbürgertum“ aus, das „letztlich nichts weiter als die Ansammlung der wirtschaftlich zu kurz Gekommenen“ sei, die ihrem Ärger Luft machen wollten. „Diese Leute sind für politische Revolutionen nicht zu gebrauchen, da sie letztlich auch nur an die Fleischtöpfe des Parteienkartells möchten.“

Damit will die JN nichts zu tun haben. Ende Juni beschloss der Bundesvorstand unter dem Titel „Nationalismus heißt Kapitalismuskritik!“ eine, wie es im Untertitel heißt, „notwendige Standortbestimmung“. Gleich im ersten Satz wird festgehalten, die JN verstünden sich als „Jugendorganisation mit revolutionärer Ausrichtung“. „Wenn uns bürgerliche und reaktionäre Kreise vorwerfen, dass wir auf eine ‘Umwälzung’ hinarbeiten, dann sagen wir diesen Leuten: ‘Jawohl, wir versuchen nachzuholen, was Ihr in Eurer verbrecherischen Dummheit versäumt habt!’“ Einen nationalrevolutionären Ansatz propagiert das Papier, dazu das Bekenntnis zu einem „Antikapitalismus“ und zu einem modernisierten Auftreten: „Die Sprache, welcher sich heute oftmals die nationale Opposition bedient, findet in den Köpfen vieler heute unzufriedener junger Menschen kein Gehör mehr. Der Weg über einen Griff in die verstaubte Mottenkiste der Geschichte ist nicht mehr möglich.“

Denn aus der NPD ausgetretenen Ex-Parteistrategen Jürgen Schwab ging das Papier nicht weit genug: „Von ‘Radikalität’ keine Spur!“ Er vermisste konkrete Antworten auf die Frage, „welche Mittel denkbar wären, den Kapitalismus einzuschränken oder gänzlich zu überwinden“. Solche Defizite sieht offenbar nun auch Rochow. Jedenfalls schrumpft die von seinem Vorstand beschlossene „notwendige Standortbestimmung“ in seinem Antwortbrief zum bloßen „Denkanstoß“. Der Parteivorstand rund um Udo Voigt dürfte das Papier ebenso wie Rochows nachgeschobene Erläuterungen eher für anstößig gehalten haben. Vermutet werden darf, dass der JN-Vorsitzende von seinen Parteioberen gerüffelt worden ist. Jedenfalls versichert Rochow seit kurzem auf der JN-Homepage ausdrücklich, die Zusammenarbeit mit der DVU stehe nicht zur Disposition.

Tomas Sager

Aktion zum Schulbeginn

Neonazi-CD soll an Jugendliche verteilt werden.

Details über die Drahtzieher der so genannten „Schulhof-CD" gelangen erst langsam an die Öffentlichkeit. Gegen den schwer jugendgefährdenden Tonträger „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund", mit 19 Rechtsrock-Liedern, liegt zwar ein bundesweiter Beschlagnahmebeschluss aus Sachsen-Anhalt vor, aber über die Hintermänner der konzertierten Neonazi-Aktion ist bisher wenig bekannt geworden. Obwohl über 56 neonazistische Gruppen sich verantwortlich zeigen, ist allein gegen den Musikproduzenten Lutz Willert Anklage vor dem Landgericht in Stendal erhoben worden. Bei ihm wurde unter anderem eine Auftragsbestätigung über 50 000 bereits gepresster Exemplare gefunden, diese blieben bisher unauffindbar. NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise brüstete sich auf seiner Internet-Homepage als Unterstützer der geplanten Verteilaktion.

Am 11. August wurden bei einer Fahrzeugkontrolle im Wagen von Christian Banaskiewicz, Funktionär des „Märkischen Heimatschutzes", 671 der Tonträger beschlagnahmt. Pünktlich zum Schulbeginn in Berlin sollen CDs an Schüler verteilt worden sein. In Thüringen hatten Neonazis bereits vorher an mehreren Orten wie Gera, Altenburg, Schleiz, Pößneck, Neustadt/Orla und Sömmerda CDs an Jugendliche ausgegeben, wie der MDR berichtete. So unter anderem auch im Jenaer Stadtteil Lobeda, Dort betreibt der führende Heimatschutz-Funktionär André Kapke ein so genanntes „braunes Haus". Kapke und Banaskiewicz gehörten zu den Hauptaktivisten beim „NPD Open Air" in Gera am 9. Juli dieses Jahres. Aufgrund von Ermittlungen des thüringischen Landeskriminalamtes wurden kürzlich die Räume des Dresdner Szenetreffs „Klub 14" durchsucht und 110 Exemplare der CD „Anpassung ist Feigheit" beschlagnahmt.

Die „Aktion Schulhof" sollte ursprünglich im Juni vergangenen Jahres anlaufen. Laut einem von der Polizei beschlagnahmten Hinweisblatt planen die Initiatoren, die CDs nicht nur an Schulen, sondern auch in Straßenbahnen, Jugendclubs und Schwimmbädern zu verteilen.

Andrea Röpke

"Wahlboykott"

Neonazis distanzieren sich von der NPD.

In Neonazi-Kreisen wird zum Boykott bei der Bundestagswahl aufgerufen; denn: „Ja zum Wahlboykott heißt nein zum BRD-System". In dem anonym im Internet verbreiteten „Wahlboykott der Nationalen Sozialisten Deutschlands" wird erklärt: „Entziehen wir diesem System die Legitimität, stellen wir uns auf die Seite unseres Volkes ..." Weiter heißt es: „Wir Nationale Sozialisten können nicht ernsthaft annehmen, dass unser Zukunftsentwurf Wirklichkeit wird, wenn wir ernsthaft für Figuren wie Frey, Schwerdt, Marx, Cremer, Voigt, Eigenfeld, Neubauer und den Abschaum von der DVU Wahlkampf machen."

Hinter dem Aufruf zum Wahlboykott steckt Insiderangaben zufolge der „Schutzbund Deutschland" (Postfachadresse Halle). An Flugblattverteilaktionen des „Schutzbundes" zum 8. Mai 2005 („60 Jahre Besatzung") sollen auch Mitglieder der am 12. April dieses Jahres verbotenen Neonazi-Truppe „Sturm 27" beteiligt gewesen sein. Wegen Verunglimpfung des Staates in den Flugblättern wird zwischenzeitlich von der Staatsanwaltschaft gegen den „Schutzbund" ermittelt.

Führender Kopf des „Schutzbund Deutschland" ist der frühere NPD-Landesvorsitzende Berlin-Brandenburg Mario Schulz, zugleich Inhaber eines Spendenkontos des „Schutzbundes". Landwirt Schulz zog als NPD-Kandidat 2003 in den Prignitzer Kreistag ein, verließ dann die Partei, da sie ihm nicht mehr völkisch genug war. Schulz ist Gründungsmitglied der am 1. Februar 2004 in Anwesenheit von 100 Rechtsextremisten in Vetschau ins Leben gerufenen NPD-Abspaltung „Bewegung Neue Ordnung" (BNO). Dem brandenburgischen Verfassungsschutz zufolge gehört es zu den „Eigenheiten der BNO, unter verschiedenen Namen, wie zum Beispiel 'Schutzbund Deutschland', aufzutreten." Die Programmatik der BNO, so der Verfassungsschutz, „zeuge von nationalsozialistischer Blut-und-Boden-Rhetorik." Unter dem Namen „Ja zu Brandenburg" kandidierte die Neonazi-Gruppe bei den Landtagswahlen im September 2004 und erzielte ein Ergebnis von 0,4 Prozent der Stimmen.

Anton Maegerle

Rezension

Wechselvolle Entwicklung

Brandstifter in Schlips und Kragen – die verschiedenen Gesichter der NPD.

Der ZEIT-Redakteur Toralf Staud liefert seit Jahren präzise und gut recherchierte Einblicke in die deutsche rechtsextreme Szene. Sein soeben erschienenes Buch „Moderne Nazis“ beschreibt die wechselvolle Entwicklung der NPD. Eine Hauptthese lautet: Die älteste rechtsextreme Partei Deutschlands ist zugleich die modernste. Ihre 40-jährige Geschichte führte sie von deutschnational-antikommunistischen Anfängen bis zur aktuellen revolutionär-antikapitalistischen Programmatik, die einen „deutschen Sozialismus“ als Volksgemeinschaft proklamiert und erfolgreich auf soziale Fragen setzt. Der Autor schildert, wie diese ideologische Wende unter dem Einfluss der Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) durchgesetzt wurde und nach der Wiedervereinigung besonders in Ostdeutschland einen fruchtbaren Boden fand – der langjährige JN-Vorsitzende Holger Apfel ist nicht zufällig zum NPD-Fraktionsvorsitzenden im sächsischen Landtag und Chefredakteur der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ aufgestiegen. Bei allem Wandel blieben zentrale ideologische Prämissen der Partei wie die Verharmlosung des Nationalsozialismus erhalten. So fiel es leicht, für rechtsextreme „Kameradschaften“ anschlussfähig zu werden; dabei haben beide Seiten sich gegenseitig benutzt und gemeinsam profitiert. Neonazi-Aktivisten konnten unter das sichere Dach einer zugelassenen Partei schlüpfen, während sich der NPD eine neue Rekrutierungsbasis erschloss: Ihre Mitgliederstruktur ist mit durchschnittlich 37 Jahren wohl die jüngste aller deutscher Parteien.

Toralf Staud gibt ein aufschlussreiches Porträt des Parteivorsitzenden Udo Voigt, zeichnet Erfolge und Niederlagen der Parteigeschichte im Gesamtzusammenhang des deutschen Rechtsextremismus seit den 60er Jahren nach, nennt Einflüsse der Neuen Rechten wie die Übernahme des „Ethnopluralismus“-Konzeptes, geht auf die Finanzquellen der NPD ein, vergleicht am Beispiel zweier Kommunen die unterschiedliche Verankerung in Ost- und Westdeutschland, zeigt die zentrale Funktion der sächsischen Landtagsfraktion als „Geldmaschine, Lehrwerkstatt und Propagandabühne“. Besonders herauszuheben ist das Kapitel über den gescheiterten NPD-Verbotsantrag als Lehrstück symbolischer Politik: Der Autor erinnert zu Recht daran, dass anfangs fast sämtliche Experten und Politiker Nutzen und Erfolgsaussichten des Verbotes in Frage stellten.

Die NPD wagt einen weiten politischen Spagat vom Wahlbündnis mit Gerhard Freys DVU („Volksfront von rechts“) bis zur Integration offener Neonazis – und sie wildert in unterschiedlichen sozialen Feldern. Ihre Landtagsabgeordneten tragen Schlips und Kragen und haben die parlamentarische Geschäftsordnung sorgfältig studiert, ihre Kommunalpolitiker sind oft die akzeptierten Nachbarn von nebenan, während eine „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ mit Musik, Internet, Kleidung und Symbolik weit in die Jugendkulturen hinein wirkt. Toralf Staud beschreibt die Geschichte des Rechtsrock vom klassischen Skinhead-Rock bis zur heutigen Ausdifferenzierung von Musikstilen und nennt Beispiele personeller Verflechtungen: Thorsten Heise verbindet seit bald 20 Jahren erfolgreich Politik und Geschäft, gründete 1998 einen einschlägigen Versandhandel, war an der „Aktion Schulhof“ beteiligt, die kostenlose Rechtsrock-CDs vor Schulen verteilen sollte. Seit vergangenem Jahr dient er als Verbindungsmann zu den „Kameradschaften“ im NPD-Bundesvorstand.

Das Buch ist ausgesprochen informativ, flüssig geschrieben, mit Literaturverzeichnis und Personenregister sorgfältig ediert – und so aktuell, dass im einleitenden Kapitel auf die Probleme eingegangen wird, die der NPD aus der vorgezogenen Bundestagswahl entstehen. Dabei stellen für den Autor nicht ihre punktuellen Wahlerfolge, sondern die schleichende Erosion der Demokratie in der Fläche die eigentliche Gefahr dar. Sein deprimierendes Fazit: In manchen Gegenden und Städten (Ost)Deutschlands sind angesichts rechter Alltagspräsenz die Grundrechte nur noch eingeschränkt gültig. Im Schlusskapitel entwickelt Staud eine kleine „Gebrauchsanweisung für den Umgang mit der NPD“. Dazu gehört die offensive und argumentative Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen – statt ihnen wie am Wahlabend in Dresden hilflos das Mikrofon abzudrehen.

Michael Pechel

Toralf Staud, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Kiepenheuer & Witsch Verlag, München, 2005 Seitenzahl: 232 S., 8,90 EUR

Verfassungschutz

Gefährliches Potenzial

Mehr Gewaltdelikte von Rechtsextremisten in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Gut 60 Prozent des auf 3100 Personen angewachsenen rechtsextremen Potenzials in Sachsen sind militante Rechte einschließlich Skinheads oder Neonazis, dies bilanziert der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Freistaats. Die Zahl der Skinheads ist mit 900 konstant geblieben. Ähnlich hoch wird die Größenordnung des rechtsextremen Kameradschaftsspektrum (870) beziffert, wozu auch die auf 170 Aktivisten angewachsene Neonaziszene (plus 55 Prozent) gerechnet wird. Die Skinhead- und Kameradschaftsszene werde durch latente Gewaltbereitschaft und Militanz geprägt, heißt es. Einen Schwerpunkt der Aktivitäten bildet nach wie vor die Sächsische Schweiz. Angaben des „Kulturbüro Sachsen" zufolge gab es bis Ende Juli 2005 dort 32 rechtsextrem motivierte Übergriffe (2004: 24).

Nach Einschätzung der sächsischen Verfassungsschützer kommt der NPD eine „vorherrschende Stellung" zu. Sie erhöhte im Berichtszeitraum ihren Mitgliederstand auf 950 – vor der Jahrtausendwende waren es allerdings 1400 Mitstreiter. Die sächsische NPD erzielte bei der Kommunalwahl im Juni insgesamt 40 Mandate und zog bei der Landtagswahl im September mit 9,2 Prozent und 12 Abgeordneten in das Landesparlament ein. Eigenangaben der NPD zufolge habe man ein „gesundes Vor-Ort-Fundament" aufgebaut, „um sich als bürgernahe Partei zu präsentieren", wird im Bericht festgehalten. In Sachsen, so hat die NPD angekündigt, sollen drei der Direktmandate bei der Bundestagswahl geholt werden – die Aussichten sind fraglich. Bundesweiten Zuspruch aus der Szene fand das „Pressefest" der NPD im vorigen Sommer in Mücka, rund 5000 Teilnehmer, darunter viele Neonazis und Skinheads, waren erschienen.

Parteiübergreifende Aktivitäten finden sich beim Nationalen Bündnis Dresden, das sich aus Vertretern von NPD, DVU, Republikanern, Deutscher Partei, JLO (Junger Landsmannschaft Ostpreußen) und Kameradschaften zusammensetzt. Auch an dem von der JLO alljährlich veranstalteten Gedenkmarsch an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 nehmen regelmäßig unter anderem Vertreter aus dem Kameradschafsspektrum, der NPD sowie Mitglieder der Republikaner und DVU teil. Die Zusammenarbeit mit der NPD blieb für den sächsischen DVU-Landesverband ohne nennenswerte Auswirkungen, heißt es im Bericht, der Mitgliederstand reduzierte sich auf 250 (minus 50). Den Republikanern, die bei der Kommunalwahl immerhin neun Mandate holten, gestehen die Verfassungsschützer allenfalls regionale Bedeutung zu. Führende Funktionäre wechselten zur NPD, der Mitgliederstand ist auf unter 50 gesunken.

Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten ist im Freistaat im Berichtszeitraum um rund 20 Prozent angestiegen (1318), 46 dieser Delikte wurden an Schulen festgestellt, wie das sächsische Innenministerium kürzlich informierte.

Besorgt zeigt sich der sachsen-anhaltinische Innenminister Klaus Jeziorsky (CDU) über den weiteren Anstieg der fremdenfeindlich motivierten Straftaten im ersten Halbjahr 2005 auf 48 (2004: 45), auch die Gewaltdelikte sind auf 10 (7) angestiegen, wie das Ministerium Mitte August bekanntgab. Bereits 2004 wurden deutlich mehr rechtsextrem motivierten Straf- (741; 2004: 559) und Gewalttaten (71; 50) begangen, wie der aktuelle Landesverfassungsschutzbericht vermeldet. In der bundesweiten Gewaltstatistik bezogen auf die Einwohnerzahl liegt Sachsen-Anhalt damit an zweiter Stelle. Die Gewalttätigkeiten halten unvermindert an: Vor wenigen Tagen wurde ein 16-jähriger Punk von einem mutmaßlichen Neonazi schwer verletzt.

Im Gegensatz zu dieser Entwicklung stellte der Landesverfassungsschutz in 2004 einen Rückgang bei den militanten Rechten und Skinheads auf 600 (minus 50) Personen fest. Das Neonazispektrum wird nach wie vor mit 250 Aktivisten beziffert. Einen Zuwachs um 50 Anhänger verbuchte bis zum Ende des Berichtszeitraums der NPD-Landesverband (200). Vereinbart wurde zwischen NPD und DVU, dass zu den Landtagswahlen 2006 letztere antreten soll. Die DVU befindet sich in ihrer ehemaligen Hochburg (Landtagswahlen 1998: 12,9 Prozent und 16 Abgeordnete) mit aktuell unter 50 Mitgliedern in einem „inaktiven Zustand", heißt es. 50 Personen zählt auch die Deutsche Partei, in der die DVU-Abspaltung FDVP aufgegangen war. Immerhin doppelt so stark sind die Republikaner mit noch 100 Parteigängern. *Gabriele Nandlinger*

Ausland

Für ein "Großamerika"

Paramilitärisch strukturierte US-Neonazi-Gruppierung will allen Nicht-Weißen, Juden und Homosexuellen die Staatsbürgerschaft entziehen.

Die Rechtsextremisten hatten sich einen symbolisch beladenen Ort für ihr Treffen ausgesucht. Etwa 150 Neonazis marschierten, hermetisch abgeschirmt von der Polizei, Ende Juli über das historische Schlachtfeld von Yorktown, den Platz, an dem George Washington im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg den entscheidenden Sieg über die englischen Truppen errungen hatte. „Zu Ehren des legendären Generals und großen Patrioten“ schwenkten die Teilnehmer Hakenkreuzfahnen und bedachten die auf Abstand gehaltenen Gegendemonstranten mit rassistischen Gesängen und wiederholten „Sieg Heil“-Saluten. Organisiert wurde die rund zweistündige Kundgebung von der Nationalist Socialist Movement (NSM), einer der momentan aktivsten Neonazi-Organisationen der USA. Deren Anhänger sind für ihren virulenten Antisemitismus ebenso bekannt wie für den fetischistischen Hang zu Dritte Reichs-Uniformreplikaten und anderen Naziutensilien.

Die NSM wurde 1974 gegründet und ist die Nachfolgeorganisation der in den 60er-Jahren entstandenen American Nazi Party von George Lincoln Rockwell, deren Bezeichnung als Namenszusatz beibehalten wurde. Die von den größtenteils jugendlichen Mitgliedern in aller Öffentlichkeit zur Schau getragenen braunen Uniformen mit Hakenkreuzarmbinden und schwarzen Lederstiefeln machten die in Minneapolis ansässige „white supremacy“-Gruppe schnell auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Trotz Spottes und Ablehnung von Teilen des nach Seriosität strebenden Spektrums der rechten Szene ist die NSM in wenigen Jahren hinter der National Alliance zur zweitgrößten rechtsextremen Organisation in den USA avanciert. Selbstdarstellungen zufolge unterhält die paramilitärisch strukturierte Gruppe „Einheiten“ in 38 US-Bundesstaaten und zählt etwa 200 Mitglieder. Ideologisch ist die NSM dem Führerkult des deutschen Nationalsozialismus verbunden. In ihrem jüngst verabschiedeten Programm propagiert sie die Gründung eines „Großamerikas“ und den Entzug der Staatsbürgerschaft für alle Nicht-Weißen, Juden und Homosexuellen.

Die Aktivitäten der Gruppe reichen vom Verteilen rechtsextremer Propagandaliteratur über ein wöchentliches Radioprogramm bis zu Waffenbörsen und paramilitärischen Trainingswochenenden. Mehrfach veranstaltete die NSM während des letzten Jahres Demonstrationen, die sich gegen Immigranten richteten. Am jüdischen Feiertag Yom Kippur zogen im vergangenen September 100 Mitglieder und Sympathisanten der rechtsextremen Organisation durch die Stadt Valley Forge in Pennsylvania. Aufsehen erregte die Gruppe im April dieses Jahres in Kansas City mit einer Feier anlässlich des 116. Geburtstags von Adolf Hitler, die als Konferenz bezeichnet worden war.

Gelenkt wird die Neonazi-Organisation seit mehreren Jahren von „Kommandant“ Jeffrey S. Schoep, einem mehrfach vorbestraften Fabrikarbeiter aus Minnesota. Unter der Ägide des 31-Jährigen, der von sich selbst behauptet, in der vierten Klasse mit der Lektüre von „Mein Kampf“ begonnen zu haben, übt die NSM seit geraumer Zeit den Schulterschluss mit anderen Elementen der radikalen Rechten wie den Aryan Nations, dem Ku Klux Klan oder Billy Ropers White Revolution. Erklärtes Ziel ist dabei die Bildung einer „United Patriot Front“ (Vereinigte Patriotenfront). Enge Kontakte bestehen auch ins Milieu rassistischer Skinheadgruppen, die ihrerseits an den Veranstaltungen der NSM teilnehmen. Eine besondere Position nehmen dabei die Tulatin Valley Skins aus Portland ein. Diese treten offiziell als „Schwesterorganisation“ der NSM auf. Die eigenen Mitglieder werden als „Ghost Skins“ bezeichnet (Skinheads ohne Glatzen, Bomberjacken oder Springerstiefel). Seit einigen Monaten betreibt die NSM auch ein eigenes Musiklabel und einen dazugehörigen CD-Vertrieb über das Internet. Für die Präsidentschaftswahlen 2008 hat die Gruppe per Pressemeldung angekündigt, einen eigenen Kandidaten stellen zu wollen und bereits ein Komitee zur Sammlung von Spendengeldern gegründet.

Michael Funk

Ins Netz gegangen

Belgischer Holocaust-Leugner wird möglicherweise nach Deutschland ausgeliefert..

Der von Deutschland per internationalem Haftbefehl gesuchte belgische Rechtsextremist Siegfried Verbeke (63) ist von der niederländischen Polizei festgenommen worden. Ob Verbeke ausgeliefert wird, wird von den niederländischen Justizbehörden geprüft. Gegen Verbeke liegt ein im November 2004 vom Amtsgericht Mannheim ausgestellter internationaler Haftbefehl vor. Er hatte im Internet den industriell betriebenen sechsmillionen-fachen Massenmord an Juden geleugnet. Verbekes Anwalt Piet Noe sagte, er halte eine Überstellung seines Mandanten für wahrscheinlich. Verbeke war im November 2004 von den belgischen Behörden wegen des deutschen Haftbefehls festgenommen, später aber freigelassen worden. Eine Auslieferung konnte nicht erfolgen, da gegen ihn in Belgien ein Strafverfahren wegen der Verbreitung holocaustleugnender Schriften anhängig war. Die NPD warb damals unter dem Titel „Unterstützt die freie Meinungsäußerung – unterstützt Siegfried Verbeke“ auf ihrer Homepage um Spenden für einen „optimalen juristischen Schutz“ des Holocaust-Leugners.

Verbeke war von 1985 bis spätestens Ende der 90er Jahre maßgeblicher Kopf der in Berchem ansässigen rechtsextremen belgischen Organisation „Stiftung Vrij Historisch Onderzoek“ (VH0; „Freie Historische Forschung“), die tonnenweise antisemitische und holocaustleugnende Schriften in die Bundesrepublik schleuste. Zeitweilig druckte und vertrieb Verbeke das antisemitische Hetzblatt „Bauernschaft“. Ende der 90er Jahre übernahm der Holocaust-Leugner und deutsche Justizflüchtling Germar Rudolf die Führung der Anfang 2002 von Belgien verbotenen VHO. Er führt den Verlag zwischenzeitlich von Chicago/USA aus. Über die seit 1997 im Internet präsente VHO-Website können in der Bundesrepublik indizierte Publikationen bekannter Revisionisten abgerufen werden. „Mit Stolz“ verkündete Rudolf im August das Erscheinen seines neuen „Standardwerkes zum Holocaust“ namens „Vorlesungen über den Holocaust. Strittige Fragen im Kreuzverhör“.

Anton Maegerle

"Mächtiger Einflussfaktor"

Neonazi-Onlneportal existiert seit zehn Jahren.

Virtuelle Propagandakanäle wie Websites, Mailinglisten und Chatrooms erfreuen sich in der rechtsextremen Szene in den USA weiterhin großer Beliebtheit. Die unangefochten führende Position nimmt das Neonazi-Onlineportal „Stormfront.org“ ein, das in diesem Jahr sein 10-jähriges Bestehen feiert. Der Zuspruch lässt die Alarmglocken schrillen: die Zahl der registrierten Benutzer ist in den letzten drei Jahren von unter 10 000 auf rund 52 500 (Stand Juni 2005) angestiegen. Im letzten Jahr begrüßten die Betreiber durchschnittlich 500 neue Mitglieder pro Woche.

Für das internationale rechte Lager stellt Stormfront einen wichtigen Erfolg im Kampf um die eigene Legitimation im Raum der öffentlichen Meinung dar. Gründer Don Black, ein ehemaliger Ku Klux Klan-Führer aus Alabama, war einer der ersten Rechtsextremisten, der die Möglichkeiten der neuen Technologie erkannte, etablierte Informations- und Kontrollinstanzen zu umgehen und potenzielle Sympathisanten zu erreichen. Von Beginn an war Stormfront als offenes Forum für Austausch und Diskussion angelegt. Unter dem Motto „White Pride World Wide“ bietet das Portal Rubriken von Benimmtipps bis zu Stipendienausschreibungen. Rassistische Beschimpfungen oder Hasstiraden hingegen werden von den Moderatoren nicht zugelassen. Der ehemalige National Alliance-Aktivist Bob DeMarais bezeichnete das Portal als einen der „mächtigsten Einflussfaktoren innerhalb der nationalistischen Bewegung“.

Angesichts des stetigen Zuwachses ist Jamie Kelso, langjähriger Moderator des Forums, fest davon überzeugt, dass aus Stormfront langfristig eine politische Organisation entstehen wird. Im Netz befindet sich der Rechtsextremist bereits jetzt in illustrer Gesellschaft. Auch David Duke oder der Verleger Willis Carto „posten“ unter Pseudonym regelmäßig Beiträge im Forum. Ein republikanischer Politiker in North Carolina musste kürzlich seine Kandidatur für den Stadtrat zurückziehen, nachdem Parteifreunde von seinen Stormfront-Aktivitäten (4000 Beiträge in drei Jahren) erfahren hatten.

Michael Funk

Demokratische Initiativen

Pädagogisches Rüstzeug

Das Projekt „Antidiskriminierungsarbeit“ bildet Lehrkräfte für den Umgang mit Rassismus und Gewalt in Schulen aus.

Schulalltag 2005 in Berlin: Beschimpfungen, Ausgrenzung und auch Gewalt scheinen fester Bestandteil im Umgang der Schüler miteinander geworden zu sein. Lehrer reagieren oftmals gar nicht oder mit hilflosen Befriedungsaktionen auf rassistische Sprüche und Übergriffe auf – scheinbar – Andersartige. Fortbildung tut not. Seit kurzem gibt es ein passgenaues Angebot für diesen Problemkreis. Der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie hat im Sommer in Kooperation mit der Freien Universität Berlin die dreiteilige Fortbildungsreihe „Antidiskriminierungsarbeit in der Schule“ gestartet.

„Es geht in diesen Seminaren darum, den Teilnehmern praktisch anwendbares Rüstzeug für den Schulalltag zu geben“, sagt Martin Ziegenhagen, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Gegen Vergessen – Für Demokratie. Drei Berliner Schulen, zwei Ober- und eine Grundschule, beteiligen sich an dem Fortbildungsprojekt und haben jeweils zwei Lehrer für die Seminarteilnahme freigestellt. Weitere Teilnehmer rekrutieren sich aus Lehramtsstudenten, so dass in der Fortbildung Teams aus „alten Hasen“ und ambitionierten Lehrern in spe entstehen.

Die Fortbildung setzt sich aus drei zweitägigen Seminaren zusammen. Am Auftaktwochenende im Juni stand die generelle Auseinandersetzung mit Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus im Mittelpunkt. Die Trainerinnen Gabi Elverich und Dorothea Schütze motivierten die Teilnehmer, sich mit ihren eigenen Einstellungen und ihren pädagogischen Zielen auseinanderzusetzen. Martin Ziegenhagen: „Einen hohen Stellenwert haben bei dieser Arbeit Rollenspiele, weil durch sie die Fähigkeit gefördert wird, sich in andere hineinzuversetzen.“ Gewähr, dass die Teilnehmer nach Abschluss der Seminare das Gelernte unmittelbar umsetzen und an andere Kollegen weitergeben, bietet die Konstruktion, nach Ende des Seminars eine 18-wöchige Praxisphase anzuschließen. In dieser Zeit werden zwei Lehrer mit je zwei Studenten in den drei Schulen Antidiskriminierungsarbeit leisten. „Wichtig ist außerdem, dass in den Lehrerkollegien Interesse an dieser Arbeit geweckt wird“, so Martin Ziegenhagen. „Nach unserem Verständnis ist das Seminarangebot eine klassische Multiplikatorenfortbildung.“

In der derzeitigen Lehrerausbildung an der FU Berlin werden praktische pädagogische Aspekte eher nachrangig behandelt. Im Verhältnis zum jeweiligen Fachstudium machen sie nur ein Drittel der Seminarzeit aus. Speziell die Auseinandersetzung mit der normalen Realität ethnisch und national bunt gemischter Klassen fällt extrem knapp aus. „Für den Nachweis ‘interkultureller Kompetenz’ benötigen die Lehramtsstudenten einen Schein, der schon für eine kurze Hospitanz in einem Schülerladen mit Ausländern vergeben wird“, sagt Martin Ziegenhagen. Sowohl die Universität wie auch die Berliner Senatsschulverwaltung sehen Veränderungsbedarf. Die FU begleitet das Projekt deshalb nicht nur, sondern evaluiert anschließend die Ergebnisse, um sie gegebenenfalls in die Lehrerausbildung aufzunehmen.

Gefördert werden dieses und ein weiteres Projekt durch das entimon-Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zweites Vorhaben unter dem Titel „Forum Demokratie und Zivilgesellschaft“ sind Fachgespräche zwischen Politikern, Wissenschaftlern und kleinen Initiativen aus der Antirassismusarbeit. Das erste Gespräch dieser Reihe findet Mitte September in Frankfurt/Oder statt und soll dem Austausch über die Entwicklung der Zivilgesellschaft beidseits der deutsch-polnischen Grenze dienen.

Sowohl die Lehrerfortbildung wie auch die Fachgespräche sollen nach Möglichkeit 2006 fortgesetzt werden. Allerdings hängt letztlich vom Ausgang der Bundestagswahlen ab, ob das entimon-Programm und damit Projektförderungen aus der Antirassismusarbeit eine Zukunft haben.

www.fduz.de

Gudrun Giese

Blick in die Zeitgeschichte

Nur Befehle ausgeführt

Vor 40 Jahren wurden die Urteile im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess gesprochen.

Die 20 älteren Männer, die vor 40 Jahren gespannt den Ausführungen eines Herrn in schwarzer Robe lauschten, unterschieden sich äußerlich in nichts von Bürgern dieser Republik damals – im August 1965. Sie trugen dunkle Anzüge, einige mit silberner Krawatte, die weißen Haare korrekt gescheitelt, die Schuhe blitzblank geputzt. Die Männer saßen auf der Anklagebank, beschuldigt, im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz in Südpolen Verbrechen begangen zu haben, die es in der Geschichte der Menschheit bis dahin noch nicht gegeben hatte. Erschlagen, ertränkt, zu Tode gespült, mit Giftspritzen ermordet, zertreten, erdrosselt oder im Gas erstickt – es gab in Auschwitz keine Tötungsverbrechen, die nicht angewendet worden wären.

Die Taten lagen 1965 länger als 20 Jahre zurück, die Angeklagten hatten längst wieder ins bürgerliche Leben zurückgefunden. Sie verdienten ihr Geld als Kaufleute, Angestellte, Apotheker und waren davon überzeugt, „damals“ nur ihre Pflicht getan, Befehle ausgeführt zu haben, gehorsam gewesen zu sein. Hätte nicht der Zufall mitgespielt, wären sie vielleicht niemals zur Verantwortung gezogen worden.

Unter den vielen tausend deutschen Soldaten, die Mitte der 50er Jahre aus sowjetischer Kriegsgefangenenschaft entlassen wurden, waren selbstverständlich auch NS-Verbrecher. Einer flog bald auf, es kam zu einem großen Strafverfahren in Ulm wegen der Massenmorde der „Einsatzgruppen“ von SS und Polizei. Das Echo der Medien war groß, weil bis dahin die deutsche Justiz unter dem politischen Druck den Mantel des Schweigens über die NS-Verbrechen gebreitet hatte. Ermutigt durch das öffentliche Interesse erinnerte sich ein Auschwitz-Überlebender des SS-Mannes Wilhelm Boger. Der wurde von den Häftlingen wegen seiner gnadenlosen Verhörmethoden gefürchtet. Der Überlebende erstattete bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft Anzeige und teilte dies auch dem Internationalen Auschwitzkomitee mit. Dessen Generalsekretär war Hermann Langbein aus Wien, der in Auschwitz als „rechte Hand“ von Lagerarzt Josef Mengele zu den wichtigsten Kronzeugen gehörte. Langbein setzte sich mit dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in Verbindung. Bauer übergab eigene Dokumente und die Langbeins dem Bundesgerichtshof, der die Frankfurter Staatsanwalschaft als zuständig für die Ermittlungen „in Sachen Auschwitz“ bestimmte. Die Vorbereitung des Strafverfahrens war bei Bauer in guten Händen.

Bei der Suche nach weiteren Verdächtigen half wieder der Zufall. So holte bei den Olympischen Spielen 1960 ein Segler namens Mulka eine Medaille. Die Polizei setzte sich auf die Spur des Gewinners, verfolgte ihn bis nach Hause und fand dort dessen Vater Robert Mulka, der Adjudant des Auschwitzkommandanten Rudolf Höß. Auch der Raportführer Oswald Kaduk ging der Polizei durch Zufall ins Netz, während der Chefapotheker Victor Capesius mit Hilfe des deutschen Apothekerverzeichnisses entdeckt wurde.

Als 1963 die Hauptverhandlung in Frankfurt begann, hatte die Justiz 20 Verdächtige und im In- und Ausland mehr als 200 Zeugen gefunden. Wegen des gewaltigen Medieninteresses wurden die Verhandlungen in den großen Saal des „Hauses Gallus“ verlegt. Jeder Angeklagte hatte zwei Verteidiger, einen aus Frankfurt und einen nach der Wahl des Beschuldigten. Ihre Strategie war es anfangs zu argumentieren, die BRD als Nachfolgestaat des „Dritten Reiches“ dürfe nicht bestrafen, was damals rechtens gewesen sei. Der Vorsitzende des Gerichts, Hans Hofmeyer, entgegnete, die BRD befinde sich auch in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches von 1871, als Mord selbstverständlich strafbar war. Von angeblichem Befehlsnotstand, auf den sich alle Angeklagten beriefen, ließ sich das Gericht nicht überzeugen. Die Verhandlung gestaltete sich äußerst schwierig, weil der Bundesgerichtshof nur vier Nazigrößen als Täter eingestuft hatte: Hitler, Himmler, Göring und Heydrich. Alle anderen waren nur Gehilfen und konnten deshalb nur in Ausnahmefällen zu der Höchststrafe verurteilt werden. Dennoch kam das Gericht zu hohen Strafen, mit deren Verkündung Richter Hofmeyer am 19. August 1965 begann. Bis auf zwei Ausnahmen wurden alle zu zeitlichen oder lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess hat Geschichte gemacht.

Heiner Lichtenstein

"Iwan der Schreckliche"

John Demjanjuk, der mutmaßliche Massenmörder von Sobibor, wird aus den USA ausgebürgert.

In dem großen, zum Gerichtstribunal umgebauten Kinosaal in Jerusalem herrschte ein ständiges Kommen und Gehen. Von Ruhe keine Spur. Doch das störte die Richter kaum, sie bekamen gar nicht mit, was sich gut hundert Meter von ihnen entfernt im hinteren Teil des riesigen Raums abspielte. Sie konzentrierten sich schließlich ganz auf den wichtigen kahlköpfigen Mann rechts von ihnen. Der saß in einem kugelsicheren Glaskasten, bewacht von zwei Polizeibeamten in Uniform: John Demjanjuk, angeklagt des vielfachen Mordes und anderer Verbrechen im Vernichtungslager Treblinka. Der Mann mit der dicken Hornbrille, weißem Hemd und offenem Kragen trug sein Namensschild auf der linken Seite seines dunklen Jacketts – in Hebräisch. Wenn er aus der Untersuchungshaft in den Glaskasten geführt worden war, nahm ihm einer der Polizisten die Handfesseln ab. Dann setzte er sich und blickte lächelnd nach rechts in den Zuhörerraum und nach links auf den Tisch der Richter. Die Staatsanwälte hatten ihre Plätze ihm gegenüber – fast wie im Prozess gegen Adolf Eichmann 25 Jahre zuvor auch hier in Jerusalem, allerdings in einem anderen Gebäude. jetzt war es März 1987. Ein Jahr zuvor war Demjanjuk von den USA an Israel ausgeliefert woden. Holocaust-Überlebende hatten den Mann schon 1957 in den USA wiedererkannt und angezeigt. Er sei „Iwan der Schreckliche“, so sein Spitzname. Weil er aber einen amerikanischen Pass hatte, dauerte es fast 30 Jahre, ehe ihm die Staatsbürgerschaft entzogen wurde und er ein Flugzeug mit dem Ziel Tel Aviv besteigen musste.

Während der Vorbereitung der Hauptverhandlung hatte einer der besten deutschen Ankläger in NS-Prozessen gewarnt, das Gericht in Jerusalem werde in erhebliche Beweisnöte kommen. Demjanjuks Schreckensherrschaft in Treblinka sei nämlich kaum nachzuweisen. Israel, so der Leitende Oberstaatsanwalt in Wuppertal, Alfred Spieß, damals in Gesprächen und Radiointerviews, wäre gut beraten, nachträglich bei den US-Behörden die Auslieferung auch wegen der Verbrechen im Vernichtungslager Sobibor zu beantragen. Sonst müsse das Gericht sich auf Treblinka beschränken und da sei ein Freispruch mangels Beweisen nicht auszuschließen – sogar zu befürchten. Spieß kannte sich aus, besonders was Treblinka betraf. Er hatte bei zwei großen Treblinka-Verfahren in Düsseldorf die Anklage vertreten und wusste ziemlich genau, wer dort gehaust hatte. Demjanjuk gehörte nicht dazu – im Gegensatz zu Sobibor.

Ob Israel versucht hat, Sobibor mit einzubeziehen oder nicht – öffentlich ist das nicht bekannt geworden. Trotz vieler Zeugen, die in der Hauptverhandlung gesagt hatten, sie können sich genau an das Ungeheuer „Iwan“ erinnern, blieben Zweifel. Einer der Gründe: Es könnte sich um Verwechslungen zwischen Treblinka in Nord- und Sobibor in Südpolen handeln. Dass der Ukrainer John Demjanjuk SS-Angehöriger war, bezweifelte freilich niemand. Das allerdings hatte er bei seiner Einwanderung in die USA verschwiegen und stattdessen erklärt, er sei in der UdSSR von Kommunisten verfolgt worden. Das genügte während des Kalten Krieges, um in den USA willkommen geheißen zu werden.

Es kam, wie Alfred Spieß es befürchtet hatte: Im ersten Urteil wurde Demjanjuk 1988 zwar wegen vielfachen Mordes im Vernichtungslager Treblinka zum Tode durch den Strang verurteilt, 1992, in einem Wiederaufnahmeverfahren, kamen dem neuen Gericht aber erhebliche Zweifel, ob Demjanjuk tatsächlich Angehöriger der SS-Wachmannschaft in Treblinka gewesen war. Nach dem Grundsatz eines Rechtsstaates: „Im Zweifel für den Angeklagten“, wurde der mutmaßliche Massenmörder von Sobibor freigesprochen. Er durfte nach Cleveland (Ohio) zurückkehren.

In Cleveland herrschte bald der gewohnte Alltag. Demanjujk war wieder Bürger der USA und genoss seinen Lebensabend. Hinter den Kulissen blieb die Justiz Demjanjuk aber auf der Spur. In Jerusalem hatte er freigesprochen werden müssen. Dass er aber zu den Helfern der Nazis beim Holocaust gehört hatte, wurde auch hohen US-Richtern immer klarer. Und so grübelten sie darüber nach, ihn doch noch los zu werden. Jetzt ist die Entscheidung gefallen. Demjanjuk war „Iwan der Schreckliche“. Er wird ausgebürgert und abgeschoben. Dazu reiche, bei der Einwanderung seine SS-Zugehörigkeit verschwiegen zu haben. Nur eines ist noch offen: in welches Land er abgeschoben wird.

Carl Heinrich

Meldungen

Schnelle Informationen über SMS

Düsseldorf – Das „Nationale Infotelefon Rheinland“ geht neue Wege, um Neonazis schnell über Aktionen und Neuigkeiten zu unterrichten. Eigenen Angaben zufolge bietet es nun einen „Nationalen SMS Verteiler“ an. Das NIT Rheinland entstand Mitte der 90er Jahren im Umfeld der mittlerweile verbotenen FAP. Es wurde später von wechselnden Kadern der NPD und „Kameradschaft Düsseldorf“ betrieben, zuletzt von Sven Skoda. Einst als Ansagedienst auf Anrufbeantworter gedacht, unterhält es seit Jahren eine eigene Homepage. Das mit Unterbrechungen bis Ende 2002 sehr aktive, „dienstälteste Infotelefon“ Deutschlands hatte in 2003 nur eine „Sondermeldung“ zum beginnenden Irak-Krieg veröffentlicht, ehe es sich am 20. Dezember 2003 mit „Informationen (...) von der Front für die Front“ zurückmeldete. Nach einigen Beiträgen ruhten jedoch seit Mitte 2004 die Dienste wieder. Nun kündigt das NIT an, keine Ansagen mehr veröffentlichen zu wollen. Längst würden E-Mails und Websites zur Information genutzt. Statt als „Rückschritt (...) im Widerstand gegen dieses asoziale System“ seine Dienste einzustellen werde man sich „den Anforderungen anpassen“. Da fast alle „Aktivisten“ heute über ein Mobiltelefon verfügten und SMS-Nachrichten „Raum für eine schnelle Informationsweitergabe und eine Steigerung der Mobilisierungsfähigkeit“ böten, wolle man nun über diesen Weg informieren. Erster Härtetest für das System sollte der geplante „Heß-Gedenkmarsch“ in Wunsiedel am 20. August sein. (mk)

Alte Bekannte auf der NPD-Liste

Villingen-Schwenningen - Günter Deckert, Landesvorsitzender der NPD, ist zum Spitzenkandidaten der Partei für die Bundestagswahl in Baden-Württemberg gewählt worden. Deckert gilt parteiintern als Gegenspieler zu Bundeschef Voigt. Dennoch nahm auch der NPD-Parteichef am Landesparteitag teil, bei dem der „National-Zeitungsredakteur“ Sven Eggers – er wurde auch als Bundesvorstandsmitglied der DVU vorgestellt – als Vertreter der Frey-Partei für Platz 2 der Landesliste nominiert wurde. Dritter der Liste wurde der Deckert-Stellvertreter Jürgen Schützinger. Er musste allerdings einem NPD-Bericht zufolge in einen zweiten Wahlgang. Schützinger, der zwischenzeitlich geschäftsführender Bundessprecher der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) war, kehrte erst Anfang des Jahres wieder zur NPD zurück. Auf den folgenden Plätzen folgen Edda Schmidt aus Bisingen, die früher bei der Wiking-Jugend und der Artgemeinschaft auftrat, sowie der Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Alexander Neidlein aus Crailsheim. Auf Platz 15 kandidiert der ehemalige REP-Vorsitzende von Alb-Donau, Bernd Beck. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de